

Iris Brandt, Ortsvorsteherin

Siglinde Giel, Ortsvorsteherin

Armin Stettinius, Ortsvorsteher

bitten darum, den

**in der Gemeinderatssitzung vom 14.12.2021 zu TOP 5, zu den Anträgen der Aufnahme in das Straßenbestandsverzeichnis, gefassten Beschluss Nr. 39/2021, der wegen Nichtanhörung der Ortschaftsräte rechtswidrig ist, aufzuheben.**

Der Ortschaftsrat ist gemäß § 67 Abs. 6 SächsGemO zu allen wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, die die Ortschaft betreffen oder von unmittelbarer Bedeutung für die Ortschaft sind, zu hören.

Für die Anhörung sind die für die Angelegenheit maßgeblichen Unterlagen/Informationen zu übermitteln, mit der Angabe, dass dem Ortschaftsrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Es ist also nicht ausreichend, dass der Ortsvorsteher auf anderem Wege Kenntnis von der Sache erlangt

Unterbleibt die Anhörung und wurde dem Ortschaftsrat keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, ist ein Gemeinderatsbeschluss über diese Angelegenheit rechtswidrig.

Ein rechtswidriger Beschluss muss aufgehoben werden und es sollte nach der nachgeholten Anhörung des Ortschaftsrates eine neue Beschlussfassung erfolgen.

J. Brandt 

A. Stettinius 